

II-380 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

1.7.1964

139/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Dipl.-Ing. Ludwig W e i ß , Hermann G r u b e r ,
Dr. W e i ß m a n n und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend die Besetzung des Vizepräsidentenpostens beim Landesgericht in
Klagenfurt.

-.--.

Aus dem verschiedenen Pressemeldungen zu entnehmenden Protest,
u.a. der Kärntner Richterschaft, wegen Änderung der bisherigen Ernennungs-
praxis bei Richtern hat der Herr Bundesminister für Justiz über eine par-
lamentarische Anfrage heute dem Parlament mitgeteilt, er beabsichtige, dem
Herrn Bundespräsidenten für die Ernennung auf den freien Vizepräsidenten-
posten den Ersten Staatsanwalt Dr. Emil S t e y s k a l vorzuschlagen,
der allerdings in die Vorschläge der Personalsenate nicht aufgenommen wurde.
Dr. Steyskal weist eine ausgezeichnete Gesamtbeurteilung auf und sei für
die angestrebte Stelle als ausgezeichnet geeignet beschrieben worden.

Unter den vom Herrn Minister nicht berücksichtigten und nicht ge-
nannten Bewerbern, die sämtliche zum Teil weitaus bessere Ränge aufweisen,
hat ein Richter bei ausgezeichnete Dienstbeschreibung und ausgezeichnete
Eignung für den ausgeschriebenen Posten (wie Dr. Steyskal) einen besseren
Rang in der 4. Standesgruppe (14.7.1959 zum 1.7.1960). In der Standesgruppe 3
hat der Genannte sogar einen Rangvorsprung von 6 Jahren. Dieser Bewerber
ist am 8.9.1905 geboren (Dr. Steyskal 31.3.1907) und hat zum 1.7.1964 eine
Gesamtdienstzeit von 32 Jahren und 7 Monaten gegenüber Dr. Steyskal mit 30
Jahren und 11 Monaten. Die Gesamtdienstzeit des richterlichen Bewerbers
ist reine Richterlaufbahn mit Eintrittstag vom 1.1.1932 gegenüber sehr er-
heblichen angerechneten Privatdienstzeiten bei Dr. Steyskal, der erst am
20.3.1946 als Vertragsbediensteter in den österreichischen Justizdienst auf-
genommen wurde.

Der mehrfach erwähnte Richter hat für eine Familie mit drei Kindern,
Dr. Steyskal für Frau und ein Kind zu sorgen.

139/J

- 2 -

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

A n f r a g e :

1.) Ist seit 1945 eine solche Nichtberücksichtigung von Personalsenatsvorschlägen vorgekommen?

2.) Welche sachlichen Gründe waren für den Herrn Bundesminister für Justiz maßgebend, von der ständigen Praxis, keinen Bewerber zu ernennen, der nicht wenigstens in einen der Personalsenatsvorschläge aufgenommen ist, bei Ernennung auf Richterposten abzugehen?

3.) Warum wurde dem obgenannten Bewerber aus dem Richterstande trotz besseren Ranges und gleicher Qualifikation, weitaus längerer Gerichtserfahrung usw., Dr. Steyskal vorgezogen?

4.) Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, sich künftig an die bewährte Praxis, Vorschläge unabhängiger richterlicher Personalsenate zu berücksichtigen, zu halten?